

Konferenz

“Schulstruktur in Bewegung – Mentalitäten im Wandel?”

GEW-Konferenz am 7./8.9.2007 in Göttingen

Konferenzbericht

Wie stehen die Chancen, das dreigliedrige deutsche Schulsystem zu überwinden? Auf der GEW-Konferenz am 7. und 8. September 2007 in Göttingen trugen Referenten und Teilnehmer aussichtsreiche Ansätze sowie erste bereits existierende Beispiele zusammen und unterzogen sie einer kritischen Prüfung. Es ging um Bündnisse, Lobbyarbeit und ein ABC der Schulreform.

Einführung

Marianne Demmer, stellvertretende GEW-Vorsitzende, stellte fest: Die Schulstrukturfrage ist in der praktischen Politik und an der Basis angekommen und entwickelt dort eine erstaunliche Dynamik. Das angeblich bewährte dreigliedrige Schulsystem wird zunehmend als hoch selektiv und als Auslaufmodell wahrgenommen. Ihm wird ein Platz in der Mottenkiste der Geschichte zugewiesen.

Chancengleichheit wird - aus unterschiedlichen Motiven - in Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften als zentraler Wert und Aufgabe der Schulpolitik betrachtet. Die wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, dass Chancengleichheit und damit das umfassende Recht auf Bildung mit früher Selektion nicht erreicht wird, wird Alltagswissen. Fachleute aus dem Ausland schauen indessen ungläubig oder verwundert auf das deutsche Schulsystem, das – gegen alle Erfahrung, gegen die Befunde aus internationalen Vergleichsstudien und gegen die Kinderrechte – weiterhin die Kinder bereits im Alter von zehn Jahren in verschiedene Schulformen sortiert und damit ihre Lebens-, Berufs- und Einkommenschancen weitgehend festlegt.

Was hindert Deutschland daran, das Schulwesen grundlegend zu reformieren, weg von der Auslesementalität hin zur individuellen Förderung? Welche Schritte dorthin sind denkbar? Welche Möglichkeiten gibt es, die Blockaden zu überwinden? Was ändert die Mentalitäten? Diesen allgemeinen Fragen fügte Demmer konkrete Überlegungen und Fragen hinzu, gerichtet an die Referentinnen und Referenten der Konferenz.

An Oberkirchenrat *Dr. Jürgen Frank*: Die pädagogischen Konzepte vieler privater und kommerziell motivierter Schulgründungen (Beispiel Phorms AG) lesen sich wie GEW-Beschlüsse. Sie sind Ganztageseinrichtungen, lassen Kinder nicht sitzen und schulen sie nicht ab, sie fördern individuell. Es sind inklusive Schulen in einem selektiven Schulsystem. Ihr Makel ist, dass sie die soziale Spaltung des Schulwesens vertiefen, indem sie bildungsenga-

gierte und finanzkräftige Eltern anziehen und sie somit dem öffentlichen Schulwesen als Impulsgeber für Innovationen entziehen. Die Frage ist, ob Deutschland den Weg geht, die Modernisierung des Schulwesens über den Weg der Privatschulen zu betreiben? Wie will die Evangelische Kirche in Deutschland mit dem Widerspruch umgehen, nachdrücklich und gezielt Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu fordern und gleichzeitig vor allem zahlreiche evangelische Gymnasien zu unterhalten. Oder anders gefragt: Welchen Beitrag sollen die evangelischen Gymnasien zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit leisten?

An die Erziehungswissenschaftler *Wilfried Bos, Anne Ratzki* und *Hans-Günter Rolff*: Der Kampf um den Erhalt des selektiven Schulsystems und besonders um den Erhalt der Gymnasien nimmt teilweise ekelhafte Züge an. Besonders widerlich ist, dass er argumentativ nicht mit den Vorzügen von Gymnasien geführt wird, sondern nach wie vor durch Hetze gegen die Gesamtschulen in Deutschland, die ja Teil des selektiven Schulsystems sind. Beispielhafte Schulen wie die Helene-Lange-Schulen sollen nun „fertig gemacht“ werden, indem ihnen Selektivität im Aufnahmeverfahren vorgeworfen wird. Die Selektionsarbeit für Gymnasien übernehmen die Grundschulen. Das wird als „normal“ angesehen und den Gymnasien nicht zum Vorwurf gemacht. Wenn aber Gesamtschulen wegen zu vieler Anmeldungen nicht alle Schüler aufnehmen können, wird ihnen das angelastet. Wenn Gesamtschulen auswählen können oder müssen, halten sie sich an den Grundsatz, ihre Schülerschaft so zusammenzusetzen, wie es der Gesamtsituation in einer Kommune entspricht – also den entsprechenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, mit Gymnasial- oder Hauptschulempfehlung usw. aufzunehmen. Die Verfechter des selektiven Schulsystems bekommen derzeit Unterstützung von Teilen der Erziehungswissenschaft. Dabei spielen drei unbewiesene Behauptungen eine wichtige Rolle:

1. Das Gymnasium sei die erfolgreichste Schulform Deutschlands.
2. Ein Schulsystem ohne Gymnasium – sprich ohne eine Privilegierung ökonomisch und bildungsmäßig Bessergestellter – sei politisch nicht durchsetzbar.
3. Viel wichtiger als schulstrukturelle Veränderungen sei die Verbesserung des Unterrichts.

Das führt zwangsläufig zu folgenden Fragen:

- Ist das Gymnasium tatsächlich so erfolgreich wie immer behauptet wird?
- An welchen Indikatoren wird der Erfolg gemessen?
- Und ist es überhaupt sinnvoll und wissenschaftlich seriös, eine Schulform isoliert zu betrachten und sie nicht gleichzeitig auch in ihren Auswirkungen auf das Gesamtsystem zu bewerten?
- Wie wird die Ansicht begründet, ein Schulsystem ohne Privilegierung des Gymnasiums sei politisch nicht durchsetzbar? An welchen Meinungen und Machtverhältnissen scheitert es?
- Ist die Auffassung wissenschaftlich haltbar, dass die Qualität des Unterrichts eine von den äußeren Bedingungen unabhängige Größe ist?
- Wie bedeutsam ist die selektive Schulstruktur in Deutschland für das professionelle Selbstverständnis der verschiedenen Lehrergruppen?

- Ist es nicht langsam höchste Zeit, sowohl den Leistungen wie den Effekten der gymnasialen Schulbildung erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen?
- Steht nicht eine fundierte wissenschaftliche Kritik des Gymnasiums auf der Tagesordnung?
- Welche Effekte sind von einem zweigliedrigen Schulsystem im Hinblick auf Leistungsergebnisse, Bildungsgerechtigkeit und Demokratisierung zu erwarten?
- Ist eine Zweigliedrigkeit vorstellbar, bei der beide Glieder gleichwertig sind, vor allem was die Wertschätzung der Abschlüsse durch Hochschulen und Berufsleben anlangt? Wenn sie vorstellbar ist, ist sie politisch auch durchsetzbar?
- Wird durch ein zweigliedriges Schulsystem zwangsläufig die Selektivität und soziale Ungerechtigkeit des Schulsystems „zementiert“ – wie oft behauptet wird?
- Ist das Konzept der „Gemeinschaftsschule“ à la Schleswig-Holstein eine geeignete Strategie, um die Schulentwicklung an die regionalen Gegebenheiten und die spezifischen Bedingungen der Einzelschule anzupassen?
- Welche Rolle spielen Integrierte Gesamtschulen bei der Weiterentwicklung der Schulstruktur?

An Mats Ekholm, Schulentwickler aus Schweden: Wie haben die Skandinavier ihre Schulreform vor nunmehr einer Generation hinbekommen? Welche Widerstände gab es in Schweden? Mit welchen Argumenten und von wem? Und wie wurden die Widerstände überwunden? Lässt sich daraus etwas für Deutschland lernen – wenn ja was? Ist Deutschland ein hoffnungsloser Fall oder nur eine „verspätete Nation“? Ist in Deutschland ein spezifisch deutsches „Bewegungsgesetz“ der Schulreform zu erkennen?

An Bernd Reinthoffer, Professor an der PH Weingarten, der von Schweden am weitesten entfernten Hochschule in Deutschland: Wieso proben ausgerechnet in der heilen Welt der Bodensee-Region die Schulleitungen der Hauptschulen den Aufstand? Kann das Beispiel nicht überall in Deutschland Schule machen? Eignet sich die Erklärung von Weingarten für eine Unterschriftenaktion?

In den Foren werden alle diese Fragen eine Rolle spielen. Die GEW erhofft von Diskussionen und Vorträgen viele Anregungen für ein ABC der Schulreform. Dieses ABC der Schulreform soll ein Leitfaden für die Schulreform von oben und von unten sein. In knappen Stichworten wird es über aktuelle Probleme der Schullandschaft und Aufgaben zur Verbesserung von Schulstruktur, Schul- und Lernkultur aufklären.

Vortrag: Gerechtigkeit auf dem Hackbrett? Was macht unser Schulsystem mit den Menschen?

Der Vortrag von **Oberkirchenrat Dr. Jürgen Frank**, Leiter der Abteilung Bildung im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EDK), zeigte große Übereinstimmungen der kirchlichen und der gewerkschaftlichen Sicht auf die deutsche Schullandschaft. Die Leitmotive der evangelischen Schulen lesen sich vertraut. „Keiner darf verloren gehen“, lautet ihr Anliegen.

Aus kirchlicher Perspektive ist das uneingelöste Versprechen der Chancengleichheit der Schmerzpunkt. Die Hauptschulen werden zum Ort lebenslanger Stigmatisierung. Zugleich kämpfen die Begabten gegen die Deckelung, obwohl die frühe Selektion der Schüler angeblich Spitzenleistungen zum Ziel hat.

Die wirtschaftliche Auswirkung des Bankrotts lässt sich in Zahlen fassen: Die hohe Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bedeute eine Fehlinvestition von 3,5 Mrd. Euro, so Jürgen Frank. Hinzuzurechnen seien die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für sogenannte berufsvorbereitende Maßnahmen: weitere 4 Mrd. Euro.

Schlimmer noch sind die moralischen Auswirkungen. Die Kirche, die, in der Bildersprache Jesu ausgedrückt, jedem verlorenen Schaf hinterherläuft, gerate in Widerspruch zu sich selbst, wenn sie die Bildungsverlierer fallen ließe, sagte Frank. Das sind vor allem Arbeiterkinder mit Migrationshintergrund aus Wohngebieten mit Sanierungsbedarf, symbolisch: Orhan aus Kreuzberg. Kinder von Akademikern hingegen haben selbst bei mäßiger Intelligenz mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Studienabschluss sicher. Ihre Eltern schirmen sie gegen sozial niedrig stehende potenzielle Konkurrenten ab. Elternverbände der Gymnasiasten und Realschüler sind es, unterstützt von Verbänden der Gymnasiallehrer, die sich gegen Gemeinschaftsschulen wehren und das herrschende Bildungssystem stützen. Frank: „Der Zusammenhang zwischen der Schulstruktur und den sie erhaltenden Mentalitäten ist unleugbar.“ Der verhängnisvolle Geist der Entscheider in der Gesellschaft zementiere die Organisation des Bildungswesens, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes zunehmend gefährdet.

Als einer der großen Bildungsanbieter in Deutschland will Kirche Gerechtigkeit und Chancengleichheit erfahrbar machen. Es gibt bereits rund tausend evangelische Schulen, und zwar Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, 84 Gymnasien sowie sonderpädagogische und berufsbezogene Schulen. Außerdem ist nahezu die Hälfte aller Kita in evangelischer bzw. katholischer Trägerschaft. Die evangelische Kirche hat in den vergangenen Jahren viel von ihrem Tafelsilber verscherbelt, um weitere 150 Schulen zu gründen, vor allem in den neuen Bundesländern.

In diesen Schulen und Kita wird nicht die individuelle Verschiedenheit der Kinder geleugnet. Ihre Ungleichheit sei ohnehin nicht auszuschalten. Illusorisch angestrebte Homogenität ist es gerade, die das deutsche Schulsystem funktionieren lässt, wie, so Frank, „eine Kombination von Hackbrett und Presse: unten abschneiden, oben Deckeln.“ Gemäß diesem Verständnis der EKD ist, gestützt auf den Erziehungswissenschaftler Friedrich Schleiermacher, sogar **nicht Chancengleichheit, sondern Chancengerechtigkeit das Ziel**. Das heißt, jedes Kind soll, früh beginnend, nach seinen Möglichkeiten gefördert und befähigt werden, am gesellschaftlichen Austausch teilzuhaben. Das beflügelt mehr als Umverteilung der Güter und ist die

„Höchstform realisierter Chancengerechtigkeit.“ Es gibt Befunde, wonach sich zehn Prozent der Hauptschüler im Mittelfeld der Gymnasien bewähren würden.

Die Begabtenförderung im evangelischen Bildungswerk wird nicht als Privileg für die Begabten gesehen. Zur Bildungselite zu gehören, gilt der Kirche als Verpflichtung. Frank: „Jesus war kein Freund der Totengräber von Talenten. Die Kirche braucht die Starken. Wer sonst soll die Schwachen stützen?“

Es gehe insgesamt um die Schaffung von Strukturen, die **Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit** sichern. Als Triebkraft sieht der Oberkirchenrat die Liebe zum Menschen, wohl wissend, dass diese Formulierung in den Ohren der Gewerkschafter ungewöhnlich klingt. Sie bezeichnen ihre Motive anders, die Bestrebungen aber gleichen sich weitgehend.

Diskussion zum Vortrag

In der Diskussion zum Vortrag Dr. Franks ging es um die Frage, ob nicht private bzw. kirchliche Schulen die gesellschaftliche Spaltung fördern.

Dies sei, so Frank, nicht pauschal zu beantworten. Derzeit gleichen kirchliche Schulen den selektiven Charakter anderer Schulen aus. Welche Schulform gewählt wird, hängt ab von den Gegebenheiten am jeweiligen Standort. Von 1000 sind nur 84 Gymnasien. Alle Schulen haben Angebotscharakter und sind für jeden offen, unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit. Nicht einmal alle Lehrer seien evangelisch. Man wolle, ohne papierlastig zu sein, zeigen, wie es aussieht, wenn Kirche Schule macht. Im Durchschnitt der Schülerschaft sei alles vertreten. Allerdings hätten kirchliche Schulen meist Eltern, die der Bildungsbiografie ihrer Kinder mehr Aufmerksamkeit schenken als üblich. Das habe aber mit ihrer sozialen Lage wenig zu tun. „Wenn die Gemeinschaftsschule kommt, wird es sicher keine kirchlichen Gymnasien mehr geben“, meinte Frank. Auch anderen Schulreformen werde man sich öffnen.

Podiumsdiskussion mit Erziehungswissenschaftlern: Variationen eines Traum(a)s

Die Position der Erziehungswissenschaft in der Debatte um die Schulstruktur ist keineswegs einheitlich.

Für Prof. Dr. **Wilfried Bos**, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund hat ein anderes Thema Priorität: Die Verbesserung des Unterrichts. Er provozierte mit der These, dass die Finnen vielleicht mit dem deutschen Schulsystem noch bessere Pisa-Ergebnisse erzielt hätten.

Das Gymnasium mit seiner 130-140 Jahre alten Tradition sei in Deutschland nicht abschaffbar. Die Diskussion darum sei scheinheilig. „Mit welchen Argumenten will man verhindern, dass Eltern ihr Kind an ein Gymnasium schicken“, fragt Bos. Da die Dreigliederung angesichts der demografischen Lage nicht mehr überall machbar sei, würden Haupt- und Realschulen zusammen gehen. Die **Zweigliedrigkeit** sei ein machbarer Kompromiss, denn: „Die Abschaffung des Gymnasiums werden wir nicht erleben.“ Es bedeute den Untergang jeder Partei, sich das auf die Fahnen zu schreiben.

Prof. Dr. Anne Ratzki vom Institut zur Förderung der Teamarbeit an der Universität Paderborn stellt klar, dass Humboldt, der Erfinder des Gymnasiums, ein Gegner des gegliederten Schulsystems war. Was er wollte, sei ein **Gymnasium für alle** gewesen. Humboldt schwebte ein einheitliches Unterrichtswesen in drei Stufen vor, ähnlich dem heutigen in Schweden. Eine Schule des individuellen Lernens, die dem Kind Zeit gibt, sich zu entwickeln, denn seine Bestimmung bleibe lange ungewiss. Wenn es unserer Gesellschaft heute gelänge, sich auf dieses Ziel zu einigen, verändere das Mentalitäten und eine Schule des gemeinsamen Lernens sei in 10 bis 15 Jahren keine Utopie mehr.

Prof. Dr. Hans-Günter Rolff, Vorsitzender der Dortmunder Akademie für pädagogische Führungskräfte, will die Haupt- und die Realschule abschaffen zugunsten einer **Gemeinschaftsschule für alle** auf hohem Niveau, die in der heutigen Wissensgesellschaft unverzichtbar ist. 56 Prozent der Lehrer seien dafür. Man müsse Mehrheiten für eine solche Schule schaffen, da die Politik von sich aus nicht aktiv wird. Das Gymnasium ist für Rolff eine „sozialdarwinistische“ Schule. Allerdings mit dem Vorzug, nicht technokratisch, sondern sinnstiftend zu sein. Gut sei auch die Fachorientierung, die für Pädagogen mit hohem Fachwissen ungemein attraktiv sei. Daher solle man das Gymnasium nicht abschaffen, sondern aufheben, indem seine Qualitäten auf die Gemeinschaftsschule übertragen werden. Das politische Kalkül von Bos lehnt Rolff ab: „Was haben wir davon, wenn Politiker, die das Gymnasium schonen, an der Macht bleiben und nicht handeln?“

Diskussion zur Podiumsdiskussion

In der Publikumsdiskussion mit den Erziehungswissenschaftlern geht es zunächst um eine Position zum Zweigliedrigen Schulsystem. Man ist besorgt, dass Bos es billigend ins öffentliche Gespräch bringt und will ihn davon abhalten. Der als Provokateur angetretene Wissenschaftler verweist auf die Macht des Faktischen und die Demografie: In Schleswig-Holstein beispielsweise habe man das zweigliedrige Schulsystem angeboten, zugleich aber erlaubt, Schulen zusammenzulegen, wenn nicht die nötigen Schülerzahlen zusammenkommen. So könne schließlich doch eine Gemeinschaftsschule entstehen. Offenbar sieht der betonte Realist sie doch kommen.

Weiterhin wird diskutiert, ob eine Verbesserung des Unterrichts die Leistungsfähigkeit des deutschen Schulsystems verbessern würde. Anne Ratzki hat massive Zweifel daran. Sie sieht die Unterrichts-Qualitäts-Debatte als Vermeidungsdiskussion über die Schulstruktur. Was in Skandinavien vor allem besser sei als in Deutschland, ist die **Schulkultur**. Die sieht den Einzelnen und bietet ihm statt einer Defizitorientierung eine Stärkeorientierung. Ratzki: „Es ist nicht eine besonders hohe Qualität des Unterrichts, die in Finnland diese großen Erfolge bringt. Wir können natürlich im bestehenden System die Qualität des Unterrichts verbessern. Aber damit kriegen wir keine bessere Chancengleichheit.“

Bos verweist auf Baden-Württemberg. Jedes dritte Abitur werde dort an einer Berufsschule abgelegt. Dies sei das gerechteste System in der bestehenden Ungerechtigkeit in Deutschland und ein Beispiel dafür, dass auch kleine, aber hochgradig wirksame Schritte zu mehr Gerechtigkeit führen. An die Gewerkschafter gerichtet sagte er: „Beschließen Sie die Abschaffung der Gymnasien. Dann können Sie gut schlafen. Ändern wird sich nichts.“

Die Haltung von Eltern und Lehrern an Gymnasien wirft Zweifel daran auf, ob von der GEW die Abschaffung der Gymnasien gefordert werden sollte. Eine Gesamtschullehrerin meinte jedoch, die Bereitschaft der Bevölkerung, dem Selektionswahn ein Ende zu machen, sei grö-

ber als viele dächten, vor allem auf dem Land. Ein Argument für Gesamtschulen sei u.a., dass die Lehrer dort weitaus jünger und moderner seien als am örtlichen Gymnasium. Dürfte das Gymnasium keine Schüler mehr wegschicken, die plötzlich nicht mehr gut genug sind, nähere es sich übrigens der Gesamtschule an.

Ratzki glaubt, ein anderes Schulsystem würde jene Mentalitäten ändern, die Selektion noch heute favorisieren. Besserer Unterricht jedenfalls schaffe das nicht. *Marianne Demmer*: „Man kann niemanden davon entbinden, darüber nachzudenken, wo die Grenzen einer Verbesserung des Unterrichts sind.“ Die Grenzen des individuellen Lernens seien an einem Gymnasium weiter gesteckt als an einer anderen Schulform, leider. Aber hohe Bildung gelte allgemein allmählich wieder als erstrebenswert. Doch nur an den Gymnasien würden derzeit die Ergebnisse besser. Das heißt, die Spreizung der Milieus nimmt zu, solange die Schulstruktur bleibt wie sie ist.

Forum I: Perspektive Gemeinschaftsschule – Schritte, Probleme, Handlungsfelder. Zwei Initiativen „von unten“ stellen sich vor.

1. Runder Tisch Gemeinschaftsschule in Berlin

Wie die GEW-Initiative „Runder Tisch Gemeinschaftsschule“ in Berlin entstand, erläuterte Gründungsmitglied *Marliese Seiler-Beck* im Forum 1. Schon vor der jüngsten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus entstand in Idee, Vertreter verschiedener Parteien und Gruppierungen zu einem Treffen einzuladen. Das Echo war groß. Ein breiter Kreis setzte sich in Berlin für eine Gemeinschaftsschule ein.

Nach der Wahl beschloss die rot-rote Koalition den Einstieg in die Gemeinschaftsschule und legte einen detaillierten Plan vor. Das erleichterte die Arbeit für den Runden Tisch, machte ihn aber nicht überflüssig. „Wir müssen für Nachhaltigkeit sorgen, damit nicht bei der nächsten Wahl alles wieder rückgängig gemacht werden kann“, betont *Marliese Seiler-Beck*.

Der Runde Tisch unterstützt also den Senat und arbeitet am Pilotprojekt Gemeinschaftsschule mit. Das sieht folgendermaßen aus:

- 2/07 Bildungssenator Zöllner legt den Fahrplan für die Gemeinschaftsschule vor
- 3/07 Bildung einer Projektgruppe mit Schulleitern, Stadträten, Schulverwaltung
- 4/07 Berufung eines Beirats, vertreten sind alle Parteien des Abgeordnetenhauses, GEW, Lehrerverbände, IHK, Handwerkskammer etc.
- 6/07 Interessenbekundungsverfahren der Schulen, die teilnehmen wollen
- 8/07 Empfehlung für Bewerbung (60 Schulen haben sich beworben)
- 9/07 Entscheidung über 12 teilnehmende Schulen
- 12/07 Beginn der Fortbildung für Schulleiter und Kollegien

- 8/08 Start der Gemeinschaftsschule.

Insgesamt haben 64 Schulen Interesse an der Teilnahme am Pilotprojekt bekundet, darunter 18 Grundschulen, 14 Gesamtschulen, 10 Realschulen, 8 Hauptschulen und 14 Schulen in privater Trägerschaft (evangelische und Montessori-Schulen). Aber nicht ein einziges Gymnasium meldete sich.

Der Runde Tisch arbeitet weiter intensiv an dem Pilotprojekt und will auch selbst mehr in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten. Dazu wird eine eigene Homepage vorbereitet (<http://www.rt-gemeinschaftsschule-berlin.de>). Stärker sollen Eltern und Schüler einbezogen werden. Weitere Kooperationspartner werden gesucht, zum Beispiel aus den Kirchen und der Wirtschaft. „Ziel des Runden Tisches ist es, zur nächsten Wahl 2011 eine Mehrheit in Berlin für die Gemeinschaftsschule zu bekommen“, so Marliese Seiler-Beck.

2. Volksinitiative „Eine Schule für alle“ Hamburg

Sigrig Strauß und *Bernd Viet* von der Hamburger Volksinitiative „Eine Schule für alle“ schilderten den Weg, den sie gehen wollen, um in Hamburg bis 2009 eine reguläre Gemeinschaftsschule einzurichten und die Gymnasien abzuschaffen.

Beide Berufsschullehrer haben in der Vergangenheit schon Erfahrungen gesammelt mit dem Instrument der Volksinitiative. Sie wehrten sich damit gegen die Privatisierung der beruflichen Schulen in Hamburg. Nun soll dieses Instrument dazu führen, eine Schule für alle in Hamburg durchzusetzen.

CDU und SPD sind für ein 2-Säulen-Modell in Hamburg, das die Gymnasien beibehält. Aber es gibt in der Stadt eine große Diskussion, ob dieses Modell fortschrittlich ist oder das Gymnasium zementiert. Viele fordern, die Bildungspolitik grundlegend zu verändern. Diese Stimmung will die Volksinitiative nutzen. „Gerade die Zeit vor den Wahlen 2008 bietet die besten Chancen, um die Schule für alle durchzusetzen“, ist Bernd Viet sicher. Er und seine Mitstreiter müssen viel Überzeugungsarbeit leisten, denn das Instrument der Volksinitiative ist für viele Hamburger noch ungewohnt.

Am 30. Oktober 2007 startet die Volksinitiative. Bis dahin müssen die Initiatoren ihren Entwurf des Schulgesetzes vorlegen. Das bedeutet, dass der Teil des Schulgesetzes zur Gemeinschaftsschule neu geschrieben werden muss. Viele sind daran beteiligt. Auch ein Logo „Eine Schule für alle“ ist schon entworfen. Im Internet findet man die Initiative unter <http://www.eineschule.de>.

Die Gemeinschaftsschule soll für die Klassen 5 bis 10 verbindlich sein. Danach kann eine gymnasiale Oberstufe angegliedert werden, muss aber nicht.

Nach Meinung der Initiatoren sind Volksinitiativen der einzige Weg, um solche Veränderungen auf den Weg zu bringen. „Man muss die Leute fragen, die es betrifft“, so Sigrig Strauß.

In Hamburg erfolgt die Volksabstimmung in drei Schritten. Bis Anfang/Mitte Januar werden 10.000 Unterschriften gesammelt. Im zweiten Schritt, dem Volksbegehren, werden innerhalb von 3 Wochen 61.000 Unterschriften benötigt. Dann folgt der eigentliche Volksentscheid. Die Bürger bekommen die Unterlagen nach Hause geschickt. Mindestens 242.000 müssen dafür stimmen. Das alles kostet nicht nur viel Arbeit sondern auch Geld. „Das ist das Problem bei

der Volksinitiative“, sagt Bernd Viet. „Aber daran soll es nicht scheitern. Wir sind dabei, Verbündete zu suchen. Ich gehe davon aus, dass wir 2009 ein neues Schulgesetz haben.“

Diskussion zum Forum I

Über Netzwerke, Runde Tische und Volksinitiativen, die die Schulstruktur verändern wollen, diskutierten die Teilnehmer des Forum 1. Es zeigte sich, dass Bürgerarbeit in jedem Bundesland anders aussieht. Die Formen der Lobbyarbeit sind verschieden.

In **Baden-Württemberg** gibt es seit Jahren eine stabile CDU-Regierung. Das macht die Arbeit schwierig, aber berechenbar. Jetzt soll die Initiative Hauptschule verstetigt werden. Das bedeutet, dass die 350 Hauptschulleiter, die sich für die Abschaffung der Hauptschule einsetzen, unterstützt werden und eine Diskussion über ein integriertes Schulsystem in Baden-Württemberg geführt wird.

In **Oldenburg** hat sich der Stadtelternrat für eine Schule für alle ausgesprochen.

Im **Münsterland** machen sich die Bürgermeister von Horstmar und Schöppingen für eine Gemeinschaftsschule mit Gymnasium stark.

In **Nordrhein-Westfalen** gibt es ein Aktionsbündnis „Eine Schule für alle“ (<http://www.abafachverband.org>, Rubrik NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“). Es entstand aus einer Initiative in Bielefeld. Dort wollten Eltern nicht, dass Kinder schon in der Grundschule danach sortiert werden, ob sie Migranten sind oder nicht. Sie fordern eine Schule, in der alle Kinder bis zum ersten schulischen Abschluss in der Sekundarstufe 1 gemeinsam lernen. Auch in Bielefeld wurde ein Aufruf zu Volksbegehren gestartet, aber nicht konsequent verfolgt. „Wir behalten uns aber weiterhin eine Gesetzesinitiative oder ein Volksbegehren vor“, so *Uta Kumar*. „Wir können als Wähler durchaus etwas bewegen.“

In **Bremen** ist die Stimmung für die Gemeinschaftsschule nicht so groß. Hier gibt es eine große Lobby für die Gesamtschule. Sie könnte die Spitze der Bewegung hin zur Gemeinschaftsschule sein, meint *Karlheinz Kroke*, GGG-Vorstand in Bremen.

Die Teilnehmer des Forums I wünschen sich von der GEW:

- regelmäßige Informationen über neue Initiativen und Netzwerke aus allen Bundesländern. Über sie sollte monatlich auf einer Seite in der „Erziehung & Wissenschaft“ berichtet werden.
- Die GEW sollte prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit neuen Bündnispartnern zum Beispiel aus der Wirtschaft möglich ist. Dabei müssten alte Vorbehalte ausgeräumt werden.
- Die GEW sollte alle Initiativen zur Schaffung von Gemeinschaftsschulen unterstützen, auch materiell.

Forum II: Was brauchen die Neuen? Schulentwicklung an Gemeinschaftsschulen

Hans-Werner Johannsen war bis vor kurzem Leiter einer Grund- und Hauptschule mit 270 Kindern bei Flensburg. Seit dem 1. August 2007 leitet der promovierte Pädagoge eine der ersten sieben Gemeinschaftsschulen, die im Flächenland Schleswig-Holstein das Schulmodell der Zukunft sein sollen. *Klaus Mangold*, früher als Leiter einer integrierten Gesamtschule tätig, ist im Ruhestand zum Berater für Leute wie ihn geworden. Wer sich die Umwandlung seiner Schule auf die Fahne geschrieben hat, findet bei ihm Rückhalt und kompetenten Rat.

Nicht nur in Schleswig-Holstein ist dieser gefragt. „Ich arbeite mit so genannten *Bildungsverlierern*“, sagte *Klaus Bullan*, Berufsschullehrer in Hamburg. „Jeder konkrete Schritt hin zu einer Schule für alle ist für mich hoch interessant.“ *Uta Schüffler*, Förderschullehrerin in Sachsen, bekannte: „Ich kenne aus der DDR eine Variante einer gemeinsamen Schule. Mit dem gegliederten Schulsystem konnte ich mich nie wirklich anfreunden. Wenn jetzt offenbar wieder Gemeinschaftsschulen politisch gewollt werden, möchte ich mitreden können.“ *Frank Behrens* vom Lehrerfortbildungsinstitut in Bremerhaven, der dort einmal eine integrierte Stadtteilschule erkämpft hat, ist wichtig, dass der Begriff Gemeinschaftsschule präzisiert wird. Ist es eine Gesamtschule der neuen Art? Was ist anders, wo gibt es Parallelen? Auch *Rosemarie Köhler* aus Niedersachsen ist wie Behrens in der Fortbildung tätig, ebenso *Katrin Heinig* aus Hamburg, die in der Bundesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe engagiert ist. Aus ihrer Sicht ist das derzeitige Schulsystem mindestens viergliedrig und gehört abgeschafft. Die brennende Frage „Wie schaffen wir das“ einte alle Teilnehmer der Forums II.

Hans-Werner Johannsen holte weit aus. Er zeichnete den Weg nach, der in Schleswig-Holstein von der PISA-Schock-Debatte bei den Grünen und der SPD schließlich 2004 zu einem Landes-Bildungs-Parteitag der SPD führte. „Es war ungeheuer mutig, dass dort beschlossen wurde, langfristig eine gemeinsame Schule von der ersten bis zur 10.Klasse verwirklichen zu wollen.“ Angesichts von lebhaftem Presseecho und Gegenwind vonseiten der CDU sowie heißer Debatten bei den Landtagswahlen fühlte sich das Landes-Bildungsministerium zu einer Schulstrukturuntersuchung veranlasst. Auftragnehmer Ernst Rösner legte Daten vor, die niemanden kalt lassen konnten: Bis 2020 werde die Schülerzahl um 21 Prozent sinken, die Nachfrage nach Haupt- und Realschule nehme weiter ab. Das viergliedrige Schulsystem sei nicht zu halten, es sei denn, man toleriere ein aberwitziges Schülertransportsystem quer durchs Land. Gymnasien und Gesamtschulen würden die Gewinner sein, prognostizierte Rösner. Allerdings war der westliche Teil Schleswig-Holsteins weitgehend gesamtschulfrei. Eine kurzzeitige Gesamtschuleuphorie war über Bürgerbegehren abgeschmettert worden. Die Hürden, Gesamtschulen zu etablieren, hingen hoch.

Mit dem Aufkommen des Gemeinschaftsschulgedankens aus „demografischer Not“ standen die rund 40 existierenden Realschulen mit Hauptschulanteil vor der Entscheidung, was sie werden wollten: Gemeinschaftsschule oder Regionalschule?

„Die Kollegen glaubten, dass die Regionalschulen Restschulen werden würden. Der Status einer Gemeinschaftsschule hingegen, der es erlaubt, Gymnasiallehrer anzufordern, könnte einen kippligen Schulstandort aufwerten“, so Johannsen. Diesmal hingen die Hürden gar nicht hoch. „Eine Mindestschülerzahl von 300 und ein Konzept, mehr braucht es nicht“, sagt er. Die „Gymnasialferne“ vieler schleswig-holsteinischer Schulstandorte lasse zudem erwarten, dass die Gemeinschaftsschulen häufig einen Gymnasialteil bekommen. Damit stehe ihrer Akzeptanz kaum noch etwas im Wege.

Wer segnet so ein Schulkonzept ab, wollen mehrere Forum-Teilnehmer wissen. Schulkonferenz, Schulträger, dann das Ministerium, erläutert Johannsen. Klaus Mangold ergänzt: „Es gibt eigentlich nur zwei Hauptinhalte. Ein langes gemeinsames Lernen sowie die Individualisierung des Lernprozesses müssen abgesichert sein. Das kriegt man hin.“ Mangold bietet Interessenten ein Muster für eine Gemeinschaftsschul-Konzeption als Power-Point-Präsentation an. Er sieht einen Mentalitätswechsel in den Kollegien. Man freude sich an mit dem Gedanken an ein langes gemeinsames Lernen von Kindern. Zugleich herrsche jedoch Angst bei Lehrern, die um ihre Schulbladen-Ausbildung für nur eine Schulart wissen: Es in der Realität zu machen, werde deshalb doch schwer. Allerdings: Auch Zauderer kommen nicht darum herum. Bis 2010 müssen sich in Schleswig-Holstein 300 Schulen umstellen.

Johannsen berichtet von einem atemberaubenden Tempo und kühnen Aktionen, mit dem seine Schule startete. Er musste schon Nägel mit Köpfen machen als die Genehmigung noch gar nicht ganz durch war. Er berichtet auch von Konflikten: Es wird weniger Schulleitungen geben, da die Schulzahl sinkt. Was wird mit den überzähligen Kollegen? Automatisch werde jetzt bei Zusammenlegungen der Ranghöhere Schulleiter. Es habe Protest, denn oft sei dieser „Chef“ nicht derjenige, der die Neuerungen beflügelt. Der Innovationsträger muss sich hinten anstellen. „Laufbahnrechtlich ist da nichts zu machen“, sagt Johannsen, „auch nicht über Ausschreibungen.“ Er selbst arbeite trotz Dokortitels als Grund- und Hauptschullehrer.

Man hätte in Schleswig-Holstein noch lange reden können. Doch nachdem die CDU im Koalitionsvertrag den Gemeinschaftsschulen zugestimmt hatte, musste plötzlich alles sehr schnell gehen. Es ging ans Ändern des Schulgesetzes, und nun schreckte die CDU plötzlich wieder auf. Später schwärmten aus nach Sachsen und Thüringen, um Möglichkeiten zu finden, ein Gemeinschaftsschulsystem doch noch zu verhindern. Es war zu spät. Auch die geschockten Mitglieder des Philologenverbandes und im VDA sowie Teile der Lehrerschaft an den Gymnasien konnten das Rad nicht zurückdrehen.

„Ohne die Lobby der Wirtschaft undenkbar“, ist *Klaus Mangold* überzeugt. Die Handwerkskammer Hamburg beispielsweise habe sich sehr engagiert: „Die wollen die Hauptschule nicht mehr.“ Noch vor Ablauf der Frist lägen derzeit weitere 40 Anträge auf Gemeinschaftsschulen vor.

Jubel ist nicht ihr Stil, aber Johannsen und Mangold glauben, eine Revolution zu erleben. Selbst an Regionalschulen habe sich durch die Einführung einer Orientierungsstufe die Zeit des gemeinsamen Lernens von Kindern eines Jahrgangs verlängert. „Es bewegt sich was, es funktioniert“, sagt Johannsen mit Triumph in der Stimme. „Das hätte sich doch vor fünf Jahren keiner träumen lassen.“ Und er zitiert Victor Hugo: „Nichts auf der Welt ist so mächtig, wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Diskussion zu Forum II

In der Diskussion im Forum II wird Kritik an der GEW laut. Sie habe die Auseinandersetzungen um die Gemeinschaftsschule nicht intensiv begleitet. Die ersten konkreten Projekte erschienen immer als Aktivität von Parteien, obwohl es vor Ort GEW-Mitglieder waren, die den Prozess vorantrieben. Ihre Arbeit ist in der Öffentlichkeitsarbeit der GEW unterbelichtet. Das Projekt in Schleswig-Holstein ist es eines der am weitesten entwickelten Modelle für eine Schule für alle. Warum wird es so wenig beachtet und unterstützt?

Johannsen berichtet, wie er während seiner Auszeit, die er zur Vorbereitung der neuen Schule brauchte, mit an der GEW- Stellungnahme zum neuen Schulgesetz arbeitete: „Es war mager. Distanziert. Es kam nur heraus, die Gemeinschaftsschule sei ‚ein Schritt zu einer Schule für alle‘. Im Vordergrund stand stets, was sie, im Vergleich zur Vision, noch nicht hat.“ Kurz, sie ist nicht das Kind der GEW.

Diskutiert wird die These, ob die Gesamtschule unterliegt, wenn ein Gymnasium in der Nähe ist. Johannsen geht davon aus, dass dieses dann von Eltern vorgezogen wird: „Nur wenn das Gymnasium in die Schulstrukturreform eingebunden wird, kann Selektivität des Schulsystems überwunden werden.“ Die Einbindung ist theoretisch möglich, aber noch nicht geschehen.

Die Forumsteilnehmer sind sich nicht so sicher, dass die Gemeinschaftsschulen gegenüber einem Nachbargymnasium immer den Kürzeren zieht. Sie sind noch neu. Es gäbe genug Eltern, die nicht erleben wollen, dass ihr Kind am Gymnasium scheitert, sondern wünschen, dass alles so lange wie möglich offen bleibt. Eltern sollen einfach sicher sein, dass diese Schule ihr Kind wahrnimmt und fördert. Die GEW soll deshalb selbstbewusst für Gemeinschaftsschule eintreten. Ziel muss ein allgemeiner mittlerer Abschluss ohne Selektion sein, den so gut wie jedes Kind schafft. Damit wird für mehr Kinder eines Jahrgangs der Weg frei sein für die weitere höhere Ausbildung. bzw. ein Studium, wie es Deutschland dringend braucht.

Antworten auf die Frage „Was brauchen die Neuen?“ wurden am zweiten Tagungstag des Forums II zusammengetragen. Ehe an Gemeinschaftsschule – also eine Schule für die Klassen 1 bis 10 im Amt, in der jeder Abschluss möglich ist – zu denken ist, braucht es demnach unter anderem:

- äußeren Handlungsdruck durch Schülerschwund,
- Sondierungsgespräche mit Lokalpolitikern (die bereit sein müssen, ggf. sogar unterschiedliche Schulträger zusammenzuführen) und Bildungsministerium
- eine gesetzliche Grundlage, die eine solche Schule erlaubt
- Mittel aus staatlichen Förderfonds für Schulprojekte
- zeitlichen Vorlauf, damit eine Steuerungsgruppe aus Lehrern und Schulleitungsmitgliedern das pädagogische Konzept erarbeiten kann
- externe Moderation (z.B. von Lehrerfortbildungsinstituten), um bei Interessenskonflikten mehrerer Schulen, die zusammengelegt werden, zu vermitteln
- intensive Werbung um die Eltern. Sie müssen davon überzeugt werden, dass ihre Kinder mit unterschiedlichen Empfehlungen für weiterführende Schulen, u.a. auch Gymnasialempfehlung, am Heimatort bleiben können und hier nicht weniger lernen als an etablierten Schulen. Lehrer sollten sich persönlich vorstellen, Anmeldezettel rechtzeitig ausliegen, Werbematerial kann verteilt werden.
- Zusammenarbeit mit der örtlichen Presse, dabei aber keine Schelte rivalisierender Nachbarschulen, sondern Herausstellen eigener Stärken
- diplomatischer Umgang mit Veto-Spielern, etwa Nachbargemeinden, die natürlich ihre eigenen Schulen nicht verlieren wollen. Ohne dass der Schulentwicklungsplan mit ihnen

abgestimmt ist, läuft gar nichts. Streitpunkte sollten im Vorfeld intern und nicht öffentlich ausdiskutiert werden, sonst können sich die Fronten verhärten. Man muss die Bedürfnisse der anderen kennen, ev. ein Projekt gegen ein anderes tauschen.

- rechtzeitige Fortbildung für Kollegen, damit sie Schüler auf unterschiedlichem Niveau beschulen können. Noch werden Lehrer in Fortbildungen viel zu sehr für das gegliederte Schulsystem ausgebildet. Für die Arbeit in Gemeinschaftsschulen ist das nicht hinreichend.
- Stunden für leistungsdifferenzierten Unterricht sollten gesichert sein, ebenso hilfreich ist Unterstützung durch einen Sozialpädagogen. Die Gemeinschaftsschule darf kein Sparmodell werden.
- auch die Verwaltung muss sich vorbereiten und u.a. die Frage der Schulaufsicht klären

Die Diskussionsrunde warnt vor folgenden Problemen und wünscht, dass die GEW sie im Blick behält:

1. Es besteht die Gefahr, dass man in der Öffentlichkeit meint, die Gemeinschaftsschule sei nichts für Hochbegabte. Entsteht dieser Eindruck, verliert das Gymnasium nicht seine Daseinsberechtigung.
2. Noch selektiert auch die Gemeinschaftsschule. So verzichtet sie z.B. nicht auf Schulübergangsempfehlungen in Jahrgangsstufe 4, das am meisten verhasste Selektionsinstrument. Ab Klasse 8 gibt es Prognosen, auf welchem Niveau ein Schüler beschult werden soll, wenn auch innerhalb des Klassenverbandes. Obwohl trotzdem jeder Abschluss möglich bleibt, könnte das als Stigmatisierung gesehen werden. Vorschläge wie der, ohne Prognosen alle Schüler die Hauptschulprüfung machen zu lassen und andere konkrete Möglichkeiten, die ein Sortieren in Schubladen in der Gemeinschaftsschule auf den spätestmöglichen Termin hinauszögern, könnten von der GEW unterstützt bzw. erarbeitet werden.
3. Unterschiedliche Besoldung der Lehrer sprengt ganze Kollegien und ist der Entstehung einer Gemeinschaftsschule hinderlich. Es wäre GEW-Sache, sich für eine Vereinheitlichung einzusetzen, solange eine individuelle Besoldung nicht möglich ist. Gleiche Arbeit für unterschiedliches Geld ist nicht hinzunehmen.
4. Das Gremium in Forum II bewegt außerdem das Schicksal Gesamtschulen. Per Gesetz sollen sie sich zur Gemeinschaftsschule weiterentwickeln. Man möchte das Wort „weiterentwickeln“ in Gänsefüßchen geschrieben sehen und hofft, dass die bestehenden Gesamtschulen als gebundene Ganztagschulen weitermachen können. Gemeinschaftsschulen, die nur als offene Ganztagschulen und viel mit Honorarkräften arbeiten, sind im Vergleich dazu leider ärmer dran. Noch einmal sei es gesagt: Die Gemeinschaftsschule darf kein Sparmodell werden.

Vortrag und Filmausschnitte über Jugendmilieus: Verstehen wir uns noch?

Thomas Becker, Leiter der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle Hamm zeigte Jugendliche in eigenen Welten, gestützt auf Untersuchungen des SINUS-Instituts. Dessen Forscher konstatierten: In Deutschland existieren zehn unterschiedliche Lebenswelten, die kaum noch miteinander kommunizieren. Das sind:

- Traditionsbewusste
- Konservative
- Etablierte
- Konsummaterialisten
- Postmaterielle
- DDR-Nostalgische
- Hedonisten
- Moderne Performer
- Experimentelle
- Bürgerliche Mitte

Sie alle haben eigene Werte und „Logiken“ und lassen sich unterschiedlichen sozialen Schichten zuordnen, nicht immer nur einer einzigen. Für Lehrer ist es wichtig, diese Milieus genau zu kennen. Denn mitunter leben sie und ihre Schüler auf zwei verschiedenen Planeten. Junge Hedonisten beispielsweise, die einen großen Teil der Schülerschaft ausmachen, wollen ihre Freiheit leben. Sie lieben „Action und Fun“ und sind nicht bereit, ihr Leben zugunsten zukünftiger Erfolge zu ändern. Sie wollen mit „Spießern“, d.h. den Konservativen, nichts zu tun haben, für die Pflichterfüllung, Ordnung und Besitz wichtig sind. Zu wissen, was die den jeweiligen Milieus Zugehörigen antreibt, wo ihre Stärken sind, wie sie „ticken“, ist die einzige Möglichkeit, mit ihnen im Dialog zu bleiben und sie nicht zu verlieren. Abwertung und Umerziehungsversuche sind zum Scheitern verurteilt. Man muss einander auf Augenhöhe begegnen. Auch den Konsum-Materialisten, die glauben, dass Macht und Geld die Welt regieren und dass Statussymbole die soziale Akzeptanz sichern. Ihr Milieu wächst derzeit rasant. Wichtig zu wissen: Kinder können den Milieus ihrer Eltern entwachsen.

Als am offensten für die Idee der Schule für alle gelten die „Experimentalisten“, zu denen auch 30 Prozent der Gymnasiasten gehören. Sie sind als „Sinnsucher“ von heiterer Gelassenheit beschrieben, tempoorientiert und wirklichkeitsverhaftet. Probieren statt diskutieren könnte ihr Motto sein. Eine Schule, an der nicht vorsortierte Gleiche, sondern Ungleiche zusammenkommen, halten sie für spannend und interessant. Die modernen Performer hingegen, auf Selbstverwirklichung und das Austesten und Überwinden der eigenen Grenzen fixiert, dürften dafür ebenso wenig übrig haben wie die Konservativen, etwa jene etablierten, gut situierten Eltern, die es normal finden, ihr soziales Vermögen vorzugsweise an die eigenen Kinder weiter zu geben. Sie sind Kern der Gymnasiums-Lobby.

Vortrag: Was ändert Mentalitäten?

Mats Ekholm, ehemals Generaldirektor der schwedischen Schulbehörde, berichtete von schwedischen Erfahrungen mit Schulreform. „Du warst Lehrer und wirst Direktor“, stieg er ins Thema ein. „Plötzlich hast du keine loyalen Kollegen mehr. Deine ganze Welt verändert sich.“ Das Beispiel will sagen, dass die Rolle, die jemand in einem Prozess spielt, seine Mentalität am Gravierendsten beeinflusst. Ändert sich die Rolle, ändert sich die Mentalität.

Genau das geschah in der Experimentierphase im schwedischen Schulsystem von 1950 bis 1960, die die Staatsschule konsequent in eine Schule lokaler Eigentümer verwandelte und auch später immer wieder: **Rollen wurden verändert.**

- **Für Kommunen:** Die Macht über Schule und die Verantwortlichkeit für sie wurde schrittweise an die Kommunen überführt. Das war eine rein politische Entscheidung, der keine öffentliche Für- oder Wider-Debatte vorausging. Ekholm: „Der Staat hat es einfach gemacht.“ Die Kommunen und nicht der Staat stellten nun z.B. den Schulleiter an. Später wurden Kommunen auch verantwortlich für die Anstellung von Lehrern.
- **Für Schulen:** Ab 1982 erhielt jede einzelne Schule das Geld für ihre Lehrerfortbildung. Sie selbst konnte entscheiden, was damit geschieht. 1994 bekamen die Schulen auch die Macht über den Zeithaushalt. Lehrplanveränderungen sind möglich. Es ist in Schweden der Schulleiter, der das Gehalt der Lehrer festlegt.
- **Für Lokalpolitiker:** Auch die Lokalpolitiker dachten anders über Schule, nachdem sie verpflichtend an Fortbildungen für Schulleiter teilnehmen mussten und einen Mix aus Literaturstudium und Praxis absolvierten, der zeitweise sogar Tage in der Produktion enthielt. „Sie wissen jetzt, wovon sie sprechen und müssen ihre Ansprüche an Schule auf faktische Argumente stützen“, zeigt sich Ekholm zufrieden.
- **Für Eltern:** Der neue Status der Schulen in Schweden veränderte auch die Einstellung der Eltern. „Man weiß, dass Schule Macht hat über sich selbst“, betont Ekholm. Die Eltern suchen den Dialog mit Pädagogen, weil sie wissen, dass er sofort Ergebnisse bringen kann. Der quälende Umweg über die Landespolitik entfällt.

Das gesamte System der Lehrer- und Schulleiter-Fortbildung in Schweden wurde umgebaut. Seit 1993 gibt es für jeden Lehrer innerhalb der Arbeitszeit 13 Tage jährlich für Kompetenzentwicklung. Die Teilnahme ist zwingend, nicht freiwillig. Die Kommune, an Verbesserungen ihrer Schule interessiert, gibt dafür das Geld.

Eine ausgefeilte Qualitätskontrolle sichert, dass Schulen trotz ihrer scheinbaren Isolation die nationalen Ziele des Bildungswesens erfüllen. Es gibt nationale Standardprüfungen, mit denen die Zeugnisse „kalibriert“ werden. Halbjährliche Entwicklungsgespräche über einzelne Schüler mit Eltern und Lehrern sind verpflichtend. Ein zentraler politischer Beschluss schreibt vor, dass jedes Kind einen individuellen Entwicklungsplan haben muss.

Zur Evaluation ihrer Arbeit präsentieren alle Schulen jährlich öffentliche Qualitätsberichte im Internet. Die Sichtbarkeit der Ergebnisse und die Transparenz der Arbeit des Lehrers erleichtert die Diskussion darüber, was Schule besser machen kann.

Mats Ekholm wies darauf hin, dass Deutschland bereits 40 Jahre lang Erfahrungen mit einem anderen, nicht früh selektierenden Schulsystem habe, in der DDR. „Sie haben so ein System

in Deutschland geprüft“, sagte er. Schweden habe ein ganz ähnliches. Den entscheidenden Unterschied zu Schule in Deutschland, wie sie heute ist, und Schweden, sieht der schwedische Schulentwickler aber nicht in der Schulstruktur, sondern im gesellschaftlichen Menschenbild. „Sind die Deutschen wirklich so dumm, zu glauben, dass es Menschen mit einer praktischen und andere mit einer theoretischen Begabung gibt?“, fragte er. „Dann können sie mit ihrem Schulsystem leben!“

Diskussion zum Vortrag

In der Diskussion mit Mats Ekholm entstand dennoch der Eindruck, dass eine Mentalitätsveränderung in der Bundesrepublik wahrscheinlicher wird, wenn Strukturveränderungen im Schulsystem dies anstoßen. Die richtigen Koalitionen könnten diese vorantreiben. Ekholm: „Eltern sind nur temporär an Schule interessiert. Die Ökonomen, Kapitalisten und Industriellen aber dauerhaft. Sie wollen eine moderne Schule mit selbständigen kompetenten Menschen. Die sollen keine fertigen Menschen sein, sondern zusammen mit anderen lernen können, wenn Veränderungen kommen.“

In Schweden gelten Schulen seit langem als ein Ort des Lernens und weniger des Lehrens. Der Lehrer sehe sich als Profi, der „eine Bestellung hat und diese liefert.“ Wenn er es schafft, ist er stolz. Ekholms Fazit: „Der Kapitalist ist der beste Freund des Pädagogen“ klingt für deutsche Gewerkschafter extrem gewöhnungsbedürftig. Privatschulen übrigens gibt es in Schweden nicht.

Vortrag: Wie weit ist's von Süddeutschland nach Schweden?

Mit dieser Frage befasste sich *Prof. Dr. Bernd Reinhoffer* von der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Verkehrstechnisch sei es heute kein Problem, innerhalb weniger Stunden in das skandinavische Land zu gelangen. Aber bildungspolitisch liegen Welten zwischen Baden-Württemberg und Schweden.

Prof. Reinhoffer berichtete von Lehrern und Schulleitern aus dem südlichen Bundesland, die sich im Frühjahr 2007 auf den Weg nach Schweden machten, um sich Impulse für die Veränderung an ihren Schulen zu holen. Sie wollten sie zügig umsetzen. Doch die Schulverwaltung blockte diese Initiativen ab. Daraufhin schrieben fast hundert Leiter von Hauptschulen aus der Region Ravensburg/Bodensee einen offenen Brief an das Kultusministerium. Sie protestierten gegen die Fortführung des dreigliedrigen Schulsystems, das die Hauptschulen benachteiligt. Sie wollen an ihren Schulen etwas verändern und innovative Impulse setzen. Ihr gemeinsamer Nenner: Die Schüler sollen länger gemeinsam lernen und dabei individuell gefördert werden.

Inzwischen unterstützen in Baden-Württemberg etwa 350 Schulleiter und über 25 Gruppen das Anliegen der Hauptschullehrer. Sie bekommen Rückenwind von Elternvertretern, Gewerkschaften, dem Handwerkstag, Vereinen, Kollegen, dem Städtetag und von der Wissenschaft. Erziehungswissenschaftler der Pädagogischen Hochschule Weingarten halten die Forderung der Schulleiter aus Ravensburg/Oberschwaben für berechtigt, die die Hauptschule abschaffen und ein integriertes Schulsystem einführen wollen. Aus wissenschaftlicher Sicht sei das dreigliedrige Schulsystem längst nicht mehr zeitgemäß, sagen sie.

So werden die Übergänge im dreigliedrigen Schulsystem fast ausschließlich über Schulnoten organisiert. Dabei wird unterstellt, diese seien vergleichbar und objektiv. Aber das ist nicht richtig, wie wissenschaftliche Forschungen beweisen. Die Lehrkräfte können zwar Leistungs-

unterschiede innerhalb einer Klasse gut einschätzen und benoten. Doch sobald ein Lehrer oder Schüler die Klasse wechselt, verändern sich die Noten. Das bedeutet, außerhalb des Klassenzimmers sind Schulnoten nicht mehr vergleichbar.

Die Konsequenz: Zensuren besitzen im gegliederten System eine machtvolle Funktion, weil sie selektieren. Ihre Aussagekraft endet aber an der Klassentür, so Prof. Reinhoffer.

Dieses und andere Argumente überzeugen inzwischen immer mehr Befürworter eines integrierten Schulsystems in Baden-Württemberg. Doch die Landesregierung versucht, das dreigliedrige System zu zementieren. Sie legte im Juni 2007 ein Hauptschulprogramm vor, das die Beibehaltung der Hauptschule als eigenständige Schulform vorsieht, aber kleine Veränderungen zulässt. So sollen jahrgangsübergreifender Unterricht und Kooperationen zwischen Haupt- und Realschulen ermöglicht werden. Ab 2008 sollen 300 pädagogische Assistenten eingesetzt werden. Und ab Klasse 7 sollen die Schüler aufgeteilt werden in einen Praxiszug und einen Werkrealzug. „Das ist ein Versuch, mehr zu tun für die Kinder und Jugendlichen, bleibt aber an der Fassade stecken“, kritisiert Prof. Reinhoffer.

Er meint, dass jetzt Allianzen gefunden werden müssen, um das Schulsystem zu verändern. Der kleinste gemeinsame Nenner sei dabei das Kind. Denn das Schulsystem muss sich dem Kind anpassen und nicht umgekehrt. Vor diesem Hintergrund seien Kooperationen mit den Kirchen, Kommunen und auch mit der Wirtschaft denkbar. „Die Süddeutschen sind bildungspolitisch auf dem Weg nach Schweden“, konstatiert Prof. Reinhoffer optimistisch. „Aber manchmal wissen sie nicht, wo sie sich gerade befinden.“

Schlusswort

Marianne Demmer, Stellvertretende GEW-Vorsitzende, regte zum Abschluss an, das Thema „Gemeinsam lernen“ möglichst lebendig und lustvoll zu behandeln, damit es in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird. Die GEW sollte über eine Plakataktion nachdenken, „die sexy ist“, wie es aus den Reihen der TeilnehmerInnen vorgeschlagen worden war.

Sie bestärkte die Konferenzteilnehmer, den Dingen auf den Grund zu gehen. Häufig werde in Deutschland mit Schlagworten argumentiert, die wissenschaftlich nicht hinterfragt sind. Das sei zum Beispiel beim Begriff begabungsgerechte Förderung so. „Die gibt es in Wirklichkeit eigentlich nicht.“ Dazu werde die GEW Hilfestellung leisten durch ein ABC der Schulreform, welches zentrale Begriffe, Streitpunkte, Mythen und Konzepte der Schulreformdebatte aufgreift und in in übersichtlicher Form Argumente, Forschungsergebnisse und Gute Praxis zusammen stellt.

Die Konferenz habe gezeigt, dass es in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Zugänge zum Thema „Gemeinsam lernen“ gibt. Deshalb sei es wichtig, dass sich die Beteiligten gut vernetzen und ihre Informationen austauschen. Die GEW unterstützt lokale und regionale Initiativen, die das ungerechte und wenig effektive deutsche Schulsystem weiter entwickeln und dabei Schulstruktur sowie Schul- und Lernkultur als Einheit begreifen.

Als zentraler Punkt habe sich in der Konferenz die Verbesserung der Lehrerfortbildung erwiesen. Die GEW werde sich dafür stärker engagieren.